

# LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
184 · Ausgabe AG · September 2019  
AZB 3001 Bern



## Eine Wahl für den Aargau

Was für ein aussergewöhnlicher Wahlherbst! Mit Ständerat, Nationalrat und Regierungsrat werden die Aargauerinnen und Aargauer am 20. Oktober über die Besetzung gleich dreier politischer Institutionen zu entscheiden haben. Darum ist jetzt volles Engagement gefragt!

Jede und jeder Einzelne von uns kann einen wichtigen Beitrag leisten: nicht nur durch die eigene Stimmabgabe, sondern auch durch die vielfältige Unterstützung unserer Kandidierenden sowie durch mobilisierende Gespräche im eigenen Umfeld. Es geht um viel! Die sozialdemokratischen Werte müssen gestärkt werden – für den Aargau und für die Schweiz.

Auch aus persönlicher Sicht ist es eine spezielle Zeit: Mein Rücktritt steht kurz bevor. Dies nach 22 Jahren Politik, zehn Wahlkampagnen und einem jahrelangen Einsatz in den Parlamenten aller föderalen Ebenen. Möglich war dies nur dank einem grossartigen Support aus unserer Partei sowie der breiten Bevölkerung!

Genau diese Unterstützung verdienen die SP-Kandidierenden auch in diesem Jahr. «Mein» Ständeratssitz liegt mir dabei besonders am Herzen: Nur mit Cédrics Wahl wird es gelingen, auch künftig den ganzen Aargau im Stöckli vertreten zu wissen. Und genau das hat unser vielfältiger Kanton verdient. Tragen wir diese Botschaft in den Aargau hinaus und sorgen wir dafür, dass meine Arbeit

im Ständerat durch Cédric fortgeführt werden kann.  
Herzlichen Dank!

Pascale Bruderer  
von Nussbaumen ist  
Aargauer SP-Ständerätin.

YVONNE FERI IN DEN REGIERUNGSRAT

## Für den Aargau

Der Aargau ist meine Heimat. Obwohl ich das Reisen liebe und mich gerne mit fremden Kulturen beschäftige, gehört mein Herz diesem Kanton. Hier bin ich aufgewachsen, bin zur Schule gegangen und habe meine Ausbildung beim Schweizerischen Bauernverband in Brugg absolviert. Später habe ich auch meine Kinder im Geburtshaus in Lenzburg geboren und in Neuenhof und Wettingen grossgezogen. Stets habe ich hier gewohnt, von Brugg über Neuenhof nach Wettingen.

Ich bin stolz auf unseren Kanton. Zu uns gehört mit dem Wasserschloss ein wunderschönes Stück Natur, und wir pflegen die Kulturgüter. Zur Umwelt tragen wir Sorge. Auch einen funktionierenden Arbeitsmarkt bietet der Aargau. Dieser wird von vielen KMU und grösseren Unternehmen getragen. Daneben zeichnen uns auch Spitzenunternehmen wie das Paul-Scherrer-Institut, das grösste Forschungsinstitut für Natur- und Ingenieurwissenschaften in der Schweiz, oder das High-Tech-Zentrum, das zukunftsorientiert agiert, aus. Auch der Tourismus kommt nicht zu kurz. Mit aargautourismus können wir trumpfen!

Ich weiss, wie der Kanton Aargau politisch tickt. Wichtige politische Erfahrungen sammelte ich auf Kantonsebene im Grossen Rat, dann auf Gemeindeebene als Gemeinderätin und Einwohnerrätin. Durch meine Jahre als Nationalrätin bin auch auf nationaler Ebene bestens vernetzt.

Sollte ich als Regierungsrätin das Departement Gesundheit und Soziales übernehmen, so bringe ich einen grossen Rucksack an Wissen und Erfahrung mit. Ich weiss, wie schwierig es ist, im Gesundheitssektor zu sparen ohne abzubauen und dass den PatientInnen die beste und richtige Behandlung anzubieten ist. Medizin muss für alle bezahlbar und zugänglich bleiben. Ich bin auch stolz auf unsere beiden Kantonsspitäler Aarau und Baden. Anstehende Herausforderungen können rascher ohne Privatisierung gelöst werden. Ausserdem müssen wir die Psychiatrischen Dienste unbedingt entlasten oder ausbauen.

Im Februar hatte ich die Möglichkeit, den realen Arbeitsalltag von Pflegenden im Kantonsspital Aarau zu erleben. Vor der tagtäglich Leistung der Pflegenden habe

ich grossen Respekt. Das Gleiche gilt für die Mitarbeitenden der Spitex. Wir müssen Sorge zu ihnen tragen. Bei einem halbtägigen Besuch in einer Apotheke in diesem Frühjahr durfte ich auch da direkt die konkreten Aufgaben, Sorgen und Herausforderungen dieses Zweigs erfahren. Das gesamte medizinische Personal muss über Fachwissen, Einfühlungsvermögen und Ausdauer verfügen. Eine grossartige Aufgabe!

Der Aargau ist meine Heimat. Vieles hier begeistert mich, aber ich sehe auch Herausforderungen und habe Visionen. Als Regierungsrätin will ich mich für alle Menschen einsetzen. Ich hoffe auf viele Stimmen am 20. Oktober, denn ich bringe das nötige fachliche Rüstzeug, die Verbundenheit mit dem Kanton und die Motivation für dieses Amt mit!

Yvonne Feri

**Medizin muss für alle bezahlbar und zugänglich bleiben.**

NEU IN DER GL



## Stefan Dietrich

*links.ag: Du wurdest am 2. April 2019 in die Geschäftsleitung der SP Aargau gewählt. Was motiviert Dich, neben der Familie und Deinem beruflichen und politischen Einsatz in der GL mitzuarbeiten?*

**Stefan Dietrich:** Rückblickend waren zwei Einflüsse für meine Politisierung und für mein politisches Engagement entscheidend: mein familiärer Background, geprägt durch das politische und gewerkschaftliche Engagement meiner Eltern, aber viel mehr noch die Erfahrung von Nationalismus, Gewalt und Krieg in Jugoslawien. Ich möchte auf kantonaler Ebene mitgestalten.

*Wofür setztest Du Dich besonders ein? Warum?*

Als Sozialdemokraten setzen wir uns für die Veränderung der vorherrschenden Verhältnisse ein, für eine alternative soziale und demokratische Politik. Es geht mir darum, wieder verstärkte sozialdemokratische Inhalte, insbesondere aber den Menschen in den Mittelpunkt zu rücken.

*Was befähigt Dich, in der GL mitzuarbeiten?*

Seit Jahren setze ich mich auf verschiedenen Ebenen in der Partei, aber auch in verschiedenen anderen Organisationen für mehr soziale Gerechtigkeit und Verbesserungen ein. Meine Erfahrungen, Ideen und mein Engagement möchte ich in der Geschäftsleitung der SP im Aargau einbringen.

Der Historiker Stefan Dietrich von Bremgarten unterrichtet in Bremgarten an der Oberstufe. Er ist Präsident der SP Bezirk Bremgarten. Er kandidiert auf der Liste der SP MigrantInnen für den Nationalrat.

# Auf Missstände aufmerksam machen



Yvonne Feri von Wettingen ist SP-Nationalrätin. Sie kandidiert für den Regierungsrat und für den Nationalrat.

Ich freue mich, dass ich auf unserer Liste 2a bei den kommenden Nationalratswahlen den ersten Platz einnehmen darf. Im Vergleich zu den allerersten Nationalratswahlen im Oktober 1848 hat sich bis heute bei den Parlamentswahlen einiges verändert. Die Wahlen damals waren sehr kurzfristig angesetzt. Mitte September wurden die Kantone aufgefordert, sofort Wahlen vorzunehmen, weil bereits am 6. November die neu gewählte Bundesversammlung zum ersten Mal tagen sollte. Es wurde improvisiert, und nicht einmal einen einheitlichen Wahltermin gab es. Eine Legislatur dauerte damals drei Jahre. Erst 1930, aufgrund einer Motion des Glarner Nationalrats Rudolf Tschudi, wurde sie auf vier Jahre verlängert. Die Begründung lautete, dass sich der Parlamentarier (oder seit den 70er-Jahren auch die Parlamentarierin) in drei Jahren kaum ans Parlament gewöhne und ihm, heute auch ihr, nicht genügend Zeit bleibe, seine Fähigkeiten zu zeigen, weil schon wieder Neuwahlen anstehen. Er betonte bereits damals, dass Wahlen sehr kostspielig sind und die Parteien im Wahlkampf gegeneinander agieren.

Das ist bis heute so. Wir wählen im Vierjahresrhythmus und führen dafür eine Wahlkampagne. Dass dies teuer und zeitaufwendig ist, stimmt immer noch. Ich könnte mir sogar einen Fünfjahresrhythmus vorstellen, damit wir uns alle vermehrt auf Inhalte und Lösungen konzentrieren können als auf das persönliche Marketing. Bei uns gibt es kaum Gesetze, die den Wahlkampf regeln. Was uns besonders am Herzen liegt und wir seit Jahren fordern, ist Transparenz – besonders in Bezug auf die Finanzierung der Wahlkampagnen.

Die Zeit der Wahlkampagne ist eine intensive Zeit. Der Terminkalender ist voll mit Standaktionen, Terminen, Verteilaktionen und vielem mehr. Dabei dürfen wir die Inhalte nicht vergessen. Mir geht es darum, transparent aufzuzeigen, welche Themen

für mich wichtig sind und wie ich mich in meinem Amt als Nationalrätin dafür eingesetzt habe und weiterhin einsetzen möchte. Auch zukünftig will ich Minderheiten und Menschen, die sonst nicht gehört werden, eine Stimme geben und auf Missstände aufmerksam machen. Deshalb: fair zu Frauen, fair zur Umwelt, fair zu Pflegenden, fair zu Familien. Für ein gerechtes Steuersystem. Für gleiche Bildungschancen für alle.

**Persönliche Begegnungen sind für mich immer sehr wichtig.**

Persönliche Begegnungen sind für mich immer sehr wichtig. Nur so erlebe ich, was die Menschen wirklich bewegt, was ihre Sorgen und Probleme sind. Und nur mit diesem Wissen kann ich ihre Interessen im Rat angemessen vertreten – selbstverständlich basierend auf meinen Grundwerten der sozialen Sicherheit, Gleichstellung und Schutz der Umwelt. Damit dies auch in lockerer Atmosphäre möglich ist, nehme ich schon seit vielen Jahren an Volksläufen teil. So kombiniere ich Sport mit Begegnungen. Aber auch mein Einsatz als Servicekraft beim Fischessen in Wettingen gehört fix in meinen Kalender.

Ich hoffe die Wählerinnen und Wähler davon zu überzeugen, dass ich authentisch bin, dass ich mir meiner Verantwortung als Politikerin bewusst bin, und dass mir die Aargauer Bevölkerung wirklich am Herzen liegt. Ich wünsche mir, dass sie mein Engagement und meine Werte spürt und mir am 20. Oktober ihre Stimme gibt.

# 26 Millionen in vier Jahren

Cédric Wermuth von Zofingen ist SP-Nationalrat und Vizepräsident der SP-Fraktion in Bern. Er kandidiert wieder für den Nationalrat und neu für den Ständerat.



Wenn ich gefragt werde, was mir in meinem ersten acht Jahren in Bern am meisten Eindruck gemacht hat, kommt mir eigentlich immer das gleiche in den Sinn: zu erleben, wie stark die Politik in Bern von der Macht der grossen Lobbys dominiert wird. Das zieht sich durch wie ein roter Faden: von der Gesundheitspolitik über die Klimapolitik bis zu Steuerfragen. Fast jedes Mal setzen sich am Schluss die kurzfristigen Profitinteressen einiger weniger gegen das Interesse der grossen Mehrheit durch.

## Natürlich ist der Lobbyismus nicht per se «böse»

Jetzt ist es uns erstmals gelungen, das Ausmass des Lobbyismus aus den mächtigen Branchen zu recherchieren. Die SP Aargau hat im Rahmen der Kampagne «Cédric Wermuth in den Ständerat» ein Crowdfunding (online Spendensammlung) für eine entsprechende Recherche lanciert. Tatsächlich sind dank dem Einsatz von 120 Spender\*innen die nötigen 10 000 Franken zusammengekommen. Es ist uns dann gelungen, mit dem ehemaligen Tages-Anzeiger-Journalisten Michael Soukup und dem erfahrenden Saldo-Rechercheur Max Fischer zwei ausgewiesene Experten für diese Arbeit zu gewinnen. Sie haben nicht wenig ihrer Sommerferien in diese Auswertung investiert.

Das Ergebnis hat mich auch nach acht Jahren in Bern noch überrascht. Alleine aus den beiden Branchen «Finanzplatz» und «Versicherungen und Krankenkassen» fliessen (konservativ geschätzt) 6,5 Millionen Franken jährlich von Unternehmen und Lobbyverbänden an einzelne Parlamentarier\*innen. Das sind auf die gesamte Legislatur gerechnet

26 Millionen. Daraus lassen sich verschiedene Modellrechnungen anstellen für andere Branchen. Weil aber jede Transparenz bis heute fehlt, ist die Unsicherheit dieser Schätzungen natürlich gross. Die Schätzungen ergeben, dass irgendwas zwischen 170 und 830 Millionen pro Legislatur fliessen. So oder so: eine enorme Summe.

Das hat politische Auswirkungen. Es überrascht viel weniger, warum die Neuauflage zum Beispiel des Versicherungsvertragsgesetzes derart krass nach den Wünschen der Versicherungen ausgestaltet wurde. Oder warum sich bei der Neuordnung der Finanzierung im Gesundheitsbereich plötzlich Versicherungen und Privatkliniken gegen die Versicherten durchsetzen. Oder warum die Wirtschaftskommissionen des Nationalrates ernsthaft überlegen, ob kriminelle Banken ihre Bussen sollen von den Steuern abziehen können.

Natürlich ist der Lobbyismus nicht per se «böse». Es ist wichtig, dass die Zivilgesellschaft einen direkten Zugang zum Parlament hat. Aber es macht einen Unterschied, ob das Organisationen sind, die für Menschen- und Umweltrechte kämpfen oder solche, die vor allem ihre privaten Interessen durchsetzen wollen. Es ist kein Zufall, dass SVP, FDP und CVP 96 Prozent (sic!) aller recherchierten Entschuldigungen garnieren. Es ist kein Zufall, dass genau diese Parlamentarier\*innen seit Jahren alle Vorschläge für mehr Transparenz ablehnen. Ein Schelm, wer Böses denkt ...

Den ganzen Bericht gibt es hier:  
[www.cedricwermuth.ch/lobbyreport](http://www.cedricwermuth.ch/lobbyreport)

## KOMMENTAR



## Nicht nachhaltig, vor allem nicht fürs Personal

Entwarnung: Das Aargauer Budget für 2020 ist ausgeglichen – und dies, ohne dass man die Finanzausgleichsreserve, also das Ersparte, antasten muss. Nachhaltig, wie der Regierungsrat sagt, ist das Budget aber nicht.

Wegen höherer Steuererträge und mehr Finanzausgleich hat der Kanton wieder etwas Luft. Mehr nicht. Nachhaltigkeit würde heissen, in die Zukunft zu investieren – das Personal anständig zu bezahlen, die Infrastruktur in Schuss zu halten oder die Bevölkerung mit einer vernünftigen Prämienverbilligung zu entlasten.

Zudem drohen neue Angriffe auf die Einnahmen: Kommt die Steuervorlage 17 wie geplant, sind weitere Steuerausfälle vorprogrammiert. Zudem fordern die Bürgerlichen als Gegenstück zu unserer Prämieninitiative höhere Steuerabzüge für Krankenkassenprämien. Das würde die Gutverdienenden bevorteilen – und den Kanton über 50 Millionen kosten.

Ein Hohn ist die «Nachhaltigkeit» für die Staatsangestellten. Sie müssen die vom Regierungsrat proklamierte Ausgabendisziplin täglich umsetzen. Beim Lohn werden sie aber schnöde abserviert: Die einmal mehr kleinliche Lohnerhöhung von 1 Prozent gleicht kaum die Teuerung von 0,8 Prozent aus. Wir fordern mindestens 1 Prozent zuzüglich Teuerung – nicht nur als faire Geste, sondern auch, um die lohnpolitischen Versäumnisse der letzten Jahre zu korrigieren.

Fazit: Der Aargau fährt immer noch mit angezogener Handbremse. Das Einnahmenproblem bleibt bestehen. Unsere Gegensteuer-Initiative, die nächstes Jahr zur Abstimmung kommt, ist nötiger denn je.

Dieter Egli von Windisch ist SP-Grossrat, Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion und Vizepräsident der SP Aargau.

KLIMADEBATTE  
IM GROSSEN RAT

## SVP im Abseits

Schmelzende Eiswürfel und rote Farbe auf den Stufen zum Grossratsgebäude: Der Morgen zur Klimadebatte vom 9. September startete mit einer Juso-Aktion. Zur Behandlung standen ein SP-Vorstoss für einen Massnahmenplan zum wirksamen Klimaschutz, eine GLP-Motion für kantonale Klimaschutzprojekte und ein CVP-EVP-BDP Postulat für eine kantonale Klimaschutzstrategie. Nach zweieinhalb Stunden und rund 20 Voten stimmte der Rat allen drei Klimavorstössen im Stimmenverhältnis von rund 80:40 klar zu. Nach einer Würdigung der Verdienste von alt Bundesrätin Leuthard bei der Energiestrategie durch die CVP gab die FDP kund, auch für sie sei der Klimawandel ein Thema, und die GLP bemerkte passend, dass die Klimajugend bereits Spuren bei der Positionierung von Parteien hinterlassen habe. Klartext kam von der SP. Gabriela Suter betonte, dass eine umfassende ökologische Wende notwendig ist und präsentierte die Lösungsvorschläge der SP: Ausstieg aus fossilen Energien und Förderung erneuerbarer Energien. Es brauche Anreize und Regulierungen, um den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben. Die SVP dagegen bekämpfte alles und alle und sprach von «Eigenverantwortung». «Eigenverantwortung heisst nicht keine Verantwortung», konterte der Schreiende. Alle anderen Fraktionen sahen Handlungsbedarf, und der Regierungsrat versicherte, dass er bereit ist, in dieser Sache einen Entwicklungsschwerpunkt im Finanzplan zu verankern und Massnahmen über die Departemente hinweg zu koordinieren. Ob die Klimadebatte nachhaltig war, wird sich bereits in der kommenden Behandlung des kantonalen Energiegesetzes zeigen.

Max Chopard-Acklin von Nussbaumen-Obersiggenthal ist SP-Grossrat.

# Vier SP-Rezepte zur Lösung der Klimakrise

**DER KLIMANOTSTAND IST TATSACHE – OB ER AUSGERUFEN WIRD ODER NICHT. WIR HABEN DIE VERPFLICHTUNG, UNS ENDLICH FÜR EINE AMBITIONIERTE KLIMASCHUTZPOLITIK ZU ENTSCHEIDEN. DESHALB BRAUCHT ES JETZT EINE UMFASSENDE ÖKOLOGISCHE WENDE! WIR DÜRFEN NICHT ALLE NATÜRLICHEN RESSOURCEN VERBRAUCHEN, DEN PLANETEN AUSBEUTEN, DAS KLIMA ANHEIZEN UND DEN NACHFOLGENDEN GENERATIONEN DAS PROBLEM DER UMWELTVERSCHMUTZUNG UND KLIMAERWÄRMUNG HINTERLASSEN.**



Gabriela Suter von Aarau ist Präsidentin der SP Aargau und SP-Grossrätin. Sie kandidiert für den Nationalrat.

Wie erreichen wir das Ziel, den CO<sub>2</sub>-Ausstoss möglichst schnell auf null zu reduzieren? Die SP hat Lösungsvorschläge, wie wir aus unserer Abhängigkeit von fossilen Energien aussteigen.

1. Wir müssen in die Energiewende investieren und den Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben. Insbesondere die Solarenergie muss ausgebaut werden, denn das Potenzial von Sonnenenergie ist riesig – auch in der Schweiz, auch im Aargau. Die Installation von Photovoltaikanlagen muss versechsfacht werden. Nur so können wir die Elektrifizierung der Mobilität, der Gebäude und der Industrie vorantreiben. Damit wir dieses Potenzial in unserem Kanton ausschöpfen können, fordert die SP-Fraktion im Grossen Rat eine **Solaroffensive**.
2. Wir müssen die Finanzflüsse in fossile Energien stoppen – auch im Aargau. Momentan fließen aus der Schweiz pro Jahr rund zehn Milliarden Franken an Grosskonzerne und Staaten, um Öl und Gas zu importieren. Wir wollen diese Mittel im Inland einsetzen. Laut Schätzungen des Bundes sind die Emissionen, die durch den Finanzplatz und die schweizerischen Geldanlagen ausgelöst werden, 20 Mal so hoch wie die Emissionen, die auf Schweizer Boden ausgestossen werden. Wir haben deshalb im Grossen Rat entsprechende Vorstösse bezüglich **Divestment** von AKB und Aargauischer Pensionskasse unterstützt – leider blieben wir in der Minderheit.

3. Wir müssen die **Gebäudesanierungen** vorantreiben. Der Gebäudebereich ist zu einem grossen Teil für den CO<sub>2</sub>-Ausstoss verantwortlich. Wenn wir die Pariser Klimaziele erreichen wollen, muss das Tempo bei der Gebäudesanierung zumindest vervierfacht werden. Deshalb fordern wir, dass der Kanton Aargau wieder ein eigenes Förderprogramm für energetische Sanierungen einrichtet, damit die Gelder der CO<sub>2</sub>-Abgaben zurück in den Aargau fließen, und unterstützen die kantonale Klimaschutzinitiative.
4. Und schliesslich: Wir müssen den **öffentlichen Verkehr** ausbauen und erneuerbare E-Mobilität fördern. Die Mobilität und insbesondere der Strassen- und Flugverkehr sind für den grössten Teil der CO<sub>2</sub>-Emissionen der Schweiz verantwortlich. Wenn wir die Pariser Klimaziele erreichen wollen, müssen wir den öV fördern, Lenkungsabgaben auf Treibstoffen erheben und Kostenwahrheit beim Flugverkehr schaffen.

Zusammengefasst: Es braucht eine kluge Mischung aus Fördermassnahmen, Anreizen und Regulierungen. Bei alledem ist zentral, dass die Energiewende sozialverträglich umgesetzt wird. Sie muss für alle Menschen finanzierbar sein. Neue Lenkungsabgaben müssen deshalb möglichst vollständig an die Bevölkerung rückerstattet werden. So bleibt die Kaufkraft der einkommensschwächeren Schichten und grösseren Familien erhalten.

**Es braucht eine kluge Mischung aus Fördermassnahmen, Anreizen und Regulierungen.**

# Jetzt müssen Taten folgen!



Leona Klopfenstein von Aarau ist Co-Präsidentin der SP Aarau und SP-Einwohnerin. Sie kandidiert für den Nationalrat.

Innerhalb der SP Schweiz läuft gerade die Entscheidungsfindung für eine «Frauenstreik»-Initiative. Die Partei will damit den Forderungen vom 14. Juni 2019 politisch Nachdruck verleihen. Darunter befindet sich auch ein Vorschlag, der eigentlich bis zum 13. Juni als völlig utopisch galt: die Reduktion der allgemeinen Erwerbsarbeitszeit auf 35 Stunden pro Woche. Ich halte diese Idee durchaus für verfolgenswert, auch wenn sie in der eben abgeschlossenen Onlineabstimmung nicht die meisten Stimmen bekam.

«Faule Säcke!» hört man natürlich unsere bürgerlichen Kontrahent\*innen bereits schreien. «Ihr Sozis wollt wieder nur die anderen für euch arbeiten lassen», dürfte es dann wieder heissen. Die Ironie daran ist, der Vorschlag einer Reduktion der Erwerbsarbeitszeit will eigentlich genau das Gegenteil. Faktisch lassen heute Unternehmer – vor allem Männer – andere – vor allem Frauen – sogar gratis für sich arbeiten. Die feministische Ökonomin Mascha Madörin hat bereits vor Jahren ausgerechnet, dass in unserer Gesellschaft mehr unbezahlte Arbeit als bezahlte Lohnarbeit geleistet wird. Allein die Summe aller unbezahlt zubereiteten Mahlzeiten (Frühstück, Mittagessen, Abendessen gerechnet zu marktüblichen Löhnen) übersteigt die gesamte Wertschöpfung des Finanzplatzes. Der grösste Teil der unbezahlten Arbeit wird häufig unter dem Begriff der «Carearbeit» zusammengefasst. Der Löwenanteil dieser Arbeit wird von Frauen im Privaten geleistet, ein anderer Teil nicht selten in so genannten «Frauenberufen», also Tieflohnbranchen wie in Kitas oder Pflegeheimen.

## Den Makroskandal bekämpfen!

Dabei ist es genau diese Arbeit, die überhaupt erst die Grundlage für eine funktionierende Gesellschaft schafft. Nur wenn irgendwer die Kinder versorgt, kann jemand anderes etwas anderes machen, zum Beispiel in einer Autowerkstatt oder einer Bank arbeiten.

Trotzdem wird die Carearbeit nicht oder nur schlecht entlohnt. Die Unternehmen kriegen ihre (immer noch mehrheitlich männlichen) Arbeitskräfte, ohne dass sie die weibliche Carearbeit entschädigen müssten. Das ist nichts anderes als eine Subvention der Gewinne. Die feministische Fakultät spricht in diesem Zusammenhang von einem «Makroskandal». Den gesamten Wert der unbezahlten Arbeit schätzt sie auf 248 Milliarden jährlich – allein in der Schweiz. Die ungleiche Arbeitsteilung führt dazu, dass Frauen jedes Jahr 100 Milliarden weniger verdienen als Männer, obwohl sie jährlich 1 Milliarde Stunden Gratisarbeit leisten. Das sind immerhin doppelt so viele Stunden wie jedes Jahr auf dem Bau geleistet werden.

## Die 35 Stunden-Woche ist ein Vorschlag für den Ausstieg aus dem Hamsterrad.

### Raus aus dem Hamsterrad!

Die 35-Stunden-Woche wäre eine Massnahme (nicht die einzige), um diese skandalöse Ungleichheit zu verringern. Sie würde es gerade jungen Paaren erleichtern, Job und Familie besser unter einen Hut zu bringen, ohne dass der Stress dabei dauernd steigt. Eine Studie des Bundes hat nämlich gerade festgestellt, dass der Stress in der Arbeitswelt gerade für Junge in den letzten Jahren zugenommen hat. Die Folge sind immer frühere Burnouts. Die 35-Stunden-Woche ist ein Vorschlag für den Ausstieg aus dem Hamsterrad von immer mehr und immer schneller. Zudem hätten wir wieder mehr Zeit für Freunde, Freizeit, Familie oder politisches Engagement!

Quellen: <https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/die-arbeit-wird-immer-stressiger-und-das-sind-die-gruende-dafuer-135437026>  
<https://feministische-fakultaet.org/3zahlen/>

## KOMMENTAR



## Der Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt ist Aufgabe des Kantons

Die Schweiz hat sich 2018 mit der Ratifizierung der Istanbul-Konvention vor dem Europarat dazu verpflichtet, für gewaltbetroffene Frauen und Kinder genügend Schutzplätze anzubieten.

Im Kanton Aargau übernimmt diese Aufgabe die Stiftung des Frauenhauses Aargau-Solothurn. Das Frauenhaus Aargau bietet gewaltbetroffenen Frauen und ihren Kindern rund um die Uhr und 365 Tage im Jahr Obdach, Schutz, Beratung und Betreuung. Der Schutz muss dabei jederzeit kurzfristig in akuten Krisensituationen gewährleistet sein. Eine grosse Herausforderung für die Mitarbeiterinnen und die Institution. Im Kanton Aargau sind aktuell der Betrieb und die Vorhalteleistungen des Frauenhauses ungenügend finanziert. Die Schutzplätze werden nur bezahlt, wenn diese auch belegt sind (reine Subjektfinanzierung). Dieses Finanzierungsmodell ist nicht nachhaltig, da die laufenden Personal- und Infrastrukturkosten durch die unregelmässige Belegung nicht gedeckt und somit das Frauenhaus nicht ohne Defizit geführt werden kann. Erschwerend kommt dazu, dass im Moment die Tarife für Kinder halb so hoch wie jene für die Frauen sind (AG: 310.–/147.–). Dabei müssen insbesondere Kinder während der Zeit im Frauenhaus intensiv betreut werden.

### Wir fordern Sockelbeiträge für das Frauenhaus Aargau-Solothurn!

Eine überparteiliche Motion im Grossen Rat fordert daher dringend eine Grundfinanzierung (Sockelbeitrag) vom Kanton. Dies sorgt für Planungssicherung und ermöglicht es dem Frauenhaus, sich auf seine Kernaufgaben zu konzentrieren: auf den Schutz von gewaltbetroffenen Frauen und ihren Kindern.

Sandra-Anne Göbelbecker von Baden ist SP-Einwohnerin. Viviane Hösli von Zofingen ist SP-Grossrätin und -Einwohnerin. Beide kandidieren auf der queerfeministischen SP-Liste für den Nationalrat. [www.queerfeministisch.ch](http://www.queerfeministisch.ch)

# Dann wird halt geklagt

**SEIT DER EINFÜHRUNG DES KRANKENVERSICHERUNGSGESETZES (KVG) 1996 HABEN SICH DIE GESUNDHEITSKOSTEN UND DAMIT DIE OBLIGATORISCHEN KRANKENKASSENPRÄMIEN MEHR ALS VERDOPPELT. KAUM VERWUNDERLICH ALSO, DASS DAS THEMA GESUNDHEIT AUF DEM SORGENBAROMETER GANZ OBEN GELISTET WIRD. DIE SP SORGT FÜR ABHILFE – NATIONAL UND KANTONAL.**

Dr. med. Jürg Knuchel von Aarau ist Mitglied der grossrätlichen Kommission Gesundheit und Sozialwesen.



Marco Hardmeier von Aarau ist ehemaliger SP-Partei- und Grossratspräsident sowie aktuell Präsident der Geschäftsprüfungskommission und der Konferenz aargauischer Staatspersonalverbände KASPV.



Ein qualitativ hochstehendes, für alle hier lebenden Menschen frei zugängliches Gesundheitswesen sollte uns einiges wert sein, keine Frage. Was jedoch nicht sein darf: Vor über 20 Jahren wurde durch den Bundesrat bei der Einführung des KVG festgehalten, dass maximal 6 bis 8 Prozent des Einkommens für die Prämien aufgewendet werden sollen. Heute sind es durchschnittlich 14 Prozent, je nach Familienkonstellation sogar bis gegen 20 Prozent des Einkommens, welche allein für die Krankenkassenprämien aufgewendet werden müssen – das ist oft mehr, als für die Steuern fällig wird. Ganz besonders hart trifft dies all jene Menschen,

deren Einkommen sehr knapp über dem Betrag liegt, der sie zur Prämienverbilligung (IPV) berechtigen würde. Für sie können die Prämien zu einer Schuldenfalle werden. Irgendwas ist da schief im System.

## Zur Ausgangslage im Aargau

Die Schmerzgrenze vieler Menschen ist längst erreicht und überschritten. Es wäre relativ einfach gewesen, etwas dagegen zu unternehmen. Nein, nicht mit schwarzen Listen, welche all jene bestrafen, die ihre Krankenkassenprämien nicht mehr bezahlen können. Nicht mit bürgerlicher Sparwut, welche ausreichende Prämienverbilligungen verhindert. Tipps wie «mehr Eigenverantwortung» und «Kostenbewusstsein» tönen gut und schön, greifen in der Realität jedoch viel zu kurz. Es ist ganz einfach: Wer krank ist, ist krank. Da hilft ein gutes Kostenbewusstsein dann auch nicht mehr weiter.

Dass die Bürgerlichen im Aargau die Prämienverbilligung auf dem Buckel der Schwächsten ganz bewusst als Sparobjekt missbraucht haben, ist schlicht schäbig. Haben wir tatsächlich immer genug Geld für neue Kampfjets, Autobahnen und Steuererleichterungen für Konzerne und Reiche, aber kein Geld mehr für jene Personen, die wirklich darauf angewiesen sind?

## Was passierte und was nun geschieht

Die SP hat dem Aargauer Kantonsparlament mehr als genügend Gelegenheiten gegeben, den falschen Weg zu verlassen. Getan hat es

die bürgerliche Mehrheit nicht. Jährlich beantragt die SP beim entsprechenden Dekret eine spürbare Erhöhung der IPV: durchwegs abgelehnt! 2016 wurde die SP-Initiative «Bezahlbare Krankenkassenprämien für alle» im Grossen Rat behandelt: abgelehnt! Und vor Monatsfrist wurde die Motion der SP-Fraktion vom 5. März 2019 betreffend Bundesgerichtsurteil zur individuellen Prämienverbilligung behandelt: abgelehnt! IPV sind keine Almosen. Wenn das Kantonsparlament seinen politischen Job zugunsten der Menschen partout nicht machen will, dann gibt es in einem demokratischen Rechtsstaat ja auch noch den juristischen Weg. Die Klage ist eingereicht –, und es ist gut möglich, dass nach Luzern auch der Aargau durch das Bundesgericht zurechtgewiesen wird und dann handeln muss.

**Das Bundesgericht hat entschieden: Die Kantone dürfen den Mittelstand nicht so definieren, dass sie möglichst wenig Versicherte unterstützen müssen.** Jürg Knuchel

## KOMMENTAR



Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin von links.ag

## Wohin mit dem Atommüll?

Wer immer noch meint, die Atomkraft sei eine valable Alternative zur fossilen Energie, sollte das neue Buch des Zürcher Geologen und Entsorgungsspezialisten Marcos Buser lesen. «Das nukleare Abenteuer und seine Folgen» heisst es im Untertitel, und es beschreibt die Geschichte der Hoffnungen und Illusionen rund um die Anwendung der radioaktiven Elemente. Und die Gefahren, die damit verbunden sind. Der anfänglich fahrlässige Umgang mit der 1896 entdeckten Radioaktivität, die medizinische Nutzung, die Verwendung von spaltbarem Material für die Kriegsführung – mit den

bisher einzigen, aber in ihrer Entsetzlichkeit abschreckenden Atombombenabwürfen 1945 in Japan durch die Amerikaner – bis zur industriellen Nutzung der Atomkraft unter anderem zur Energiegewinnung, das alles wird von Buser geschichtlich aufgearbeitet und politisch und ethisch analysiert. Das bearbeitete Gebiet ist riesig, die Materie kompliziert, aber Buser schreibt so spannend und unakademisch, dass auch, wer nicht Atomphysik, Energietechnik, Medizin oder Geologie studiert hat, versteht, was der erfahrene und auch über sein Fachgebiet hinaus belehnte Autor zu sagen hat. Nun geht es – immer noch – um die Lagerung des Atommülls. Marcos Buser ist zur Überzeugung gelangt, dass es noch keine Lösung dafür gibt und begründet dies unter anderem auch im 2013 unter internationaler Mitwirkung

UNTERLISTE SP 60+

# 16 verdiente Kandidierende

DIE SP AARGAU 60+ TRITT BEI DEN EIDGENÖSSISCHEN WAHLEN MIT EINER EIGENEN LISTE AN. DIE LISTE SOLL DAS ENGAGEMENT DER ÄLTEREN MITGLIEDER, DIE MIT IHREM EINSATZ UNGLAUBLICH VIEL FÜR UNSER ZUSAMMENLEBEN LEISTEN, ÖFFENTLICH MACHEN UND DEREN POTENZIAL NUTZEN.



Es kandidieren (bei den Angaben in Klammern handelt es sich um ehemalige Berufe oder Ämter): Markus Bani, Gemeinderat, Uerkheim, Martin Christen (Grossrat), Turgi, Maria Clavuot-Brutschy (Bankrätin AKB), Rheinfelden, Christoph Grathwohl (Einwohnergast und Schulpfleger), Aarau, Gisela Sommer, Wettingen, Marianne Grauwiler, Präsidentin SP Kaiseraugst, Kaiseraugst, Hanspeter Hubmann, Energiekommission, Schneisingen, Elsbeth Kaufmann-Tanner (Gross- und Gemeinderätin), Schöftland, Peter Koller, (Grossrat), Präsident Schulpflege, Rheinfelden, Margrit Kuhn (Grossrätin), Anglikon, Mehmet Küçük (Koch- und Küchenchef), Baden-Dättwil, Christine Meier Rey, Dr. phil. Erziehungswissenschaftlerin, Wettingen, Pia Müller (Gross- und Einwohnerrätin), Wettingen, Marie-Louise Nussbaumer Marty (Gross- und Gemeinderätin), Obersiggenthal, Hans Jürg Podzorski, Steuerkommission, Aarau, Hansjürg Rohner, Vorstand SP Bezirk Aarau, Suhr, Gisela Sommer (Grossrätin), Wettingen.

entstandenen Film «Die Reise zum sichersten Ort der Erde». Er plädiert dafür, dass die Lagerung unter der Erde und die Rückholbarkeit des Atommülls zuerst in Pilotanlagen unter realen Bedingungen erprobt werden müssen. Dies wäre auch darum wichtig, weil die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) immer noch stur behauptet, die Tiefenlager ohne vorherige Prüfung seien unter Experten international breit anerkannter Konsens und müssten nicht weiter bezweifelt werden. Nur dass es bisher kein solches funktionierendes Tiefenlager gibt und dass es an verschiedenen Orten, so im Salzbergwerk Asse und im Bergwerk Morsleben in Deutschland zu Problemen und zur Schliessung von «Endlagern» und im Endlager Wipp (Waste Isolation Pilot Plant) in New

Mexico zu einer Explosion und zur Schliessung kam, die über 600 Millionen Dollar kostete. Buser schlägt nun vor, den Atommüll länger in Zwischenlagern zu belassen, bis eine tragfähige Lösung gefunden wird, er nennt das «Dual-Konzept». Dies aber nicht für immer, denn wer garantiert, dass die Gesellschaft willens und in der Lage (Kriege) ist, diese Lager richtig zu hüten? Der Vorschlag Busers ist umstritten, auch unter Politiker\*innen<sup>1</sup>, sollte aber unvoreingenommen geprüft werden. Marcos Buser, der 2012 unter Protest aus der Eidgenössischen Kommission für nukleare Sicherheit zurücktrat – er prangerte einen Filz zwischen Betreibern und Politik an und vermisste Ergebnisoffenheit und Unabhängigkeit – hat über 40jährige Erfahrung mit der Atommüllentsorgung. Er hat dabei viele Anfeindungen, so durch das

Bundesamt für Energie, erfahren.<sup>2</sup> In einem weiteren Buch wird er über dieses korrupte System der Meinungsunterdrückung berichten. Mit dem vorliegenden Buch über die nukleare Abenteuer hat er aber nun, wie er selber meint, einen Pflock geschlagen, um den man nicht herum kommt.

<sup>1</sup> Tiefenlager: Auf dem richtigen Weg? Tages-Anzeiger 23. April 2019

<sup>2</sup> [www.infospber.ch/Politik/AKW-Nagra-Ensi-BFE](http://www.infospber.ch/Politik/AKW-Nagra-Ensi-BFE)

Blog über Atommüllentsorgung von Marcos Buser und Walter Wildi: [www.nuclearwaste.info](http://www.nuclearwaste.info).

Marcos Buser: **Wohn mit dem Atommüll?** Das nukleare Abenteuer und seine Folgen. Ein Tatsachenbericht. Zürich Rotpunkt 2019, 253 Seiten, 26 Franken.

# Yvonne Feri – unsere Regierungsrätin

Der Aargau ist kein einfacher Kanton. Mit seinen Regionen und seinen 211 Gemeinden. Wer im Aargau als Regierungsrätin oder Regierungsrat Erfolg haben will, muss den Kanton und seine Institutionen kennen. Und sie oder er muss wissen, wie der Hase in Bern läuft.

Politik wird im Aargau nicht alleine im Regierungszimmer und im Grossratssaal gemacht. Oft ist das Zusammenspiel mit den Gemeinden und ihren Verbänden der Schlüssel zum Erfolg. Zu wissen, wie die Aargauer Gemeinden ticken, ist entscheidend.

Eine Regierungsrätin oder ein Regierungsrat ist nicht einfach CEO ihres beziehungsweise seines Departements. Sie oder er ist vor allem Politikerin oder Politiker, muss die eigenen Ideen im eigenen Departement, aber auch in der gesamten Regierungsarbeit einbringen und



Urs Hofmann von Aarau ist Aargauer SP-Regierungsrat.

durchsetzen. Deshalb braucht es jetzt ein neues Regierungsmitglied, das aufgrund seiner Erfahrung den ganzen Politikbereich überblickt und beherrscht.

Der Regierungsrat ist eine Kollegialbehörde. Teamfähigkeit ist zentral.

Je länger desto mehr wird auch die Kantonspolitik in Bern vorbestimmt. Einflussnahme auf Bundesebene wird deshalb immer wichtiger. Wer die Mechanismen in Bundesbern und die Keyplayers im Bund kennt, holt für den Aargau am meisten heraus.

Yvonne Feri war Gemeinderätin in Wettingen und Grossrätin in Aarau. Seit acht Jahren vertritt sie den Aargau als Nationalrätin in Bern. Auf allen politischen Ebenen hat sie gezeigt, dass sie im ganzen politischen Spektrum zuhause ist. Im Kanton und in der Bundespolitik

ist sie bestens vernetzt. Sie geht hinaus zu den Menschen und sucht den Kontakt zur Bevölkerung. Ich freue mich, ab dem nächsten Jahr gemeinsam mit ihr im Regierungsrat den Aargau weiterzuentwickeln.

**Auf allen politischen Ebenen hat Yvonne Feri gezeigt, dass sie im ganzen politischen Spektrum zuhause ist.**

## AGENDA

Die Termine unserer Kandidierenden können auf deren Homepages eingesehen werden.

20. Oktober

**Eidgenössische Wahlen**

19. November 2019

**Präsidienkonferenz**

24. November 2019

**2. Wahlgang Ständeratswahl (evtl.)  
und Regierungsratswahl (evtl.)**

## IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43 / Postfach, 5001 Aarau

Telefon 062 834 94 74, Fax 062 834 94 75

E-Mail sekretariat(at)sp-aargau.ch,

Homepage www.sp-aargau.ch

Erscheint 6 Mal pro Jahr, Auflage links.ag 3255

Redaktion: Katharina Kerr, katkerr(at)katkerr.ch

Redaktionsschluss für diese Ausgabe:

9. September 2019

Redaktionsschluss nächste Ausgabe:

4. November 2019

Erscheinen nächste Ausgabe: 13. November 2019

Pascale Bruderer, Max Chopard-Acklin, Stefan Dietrich, Dieter Egli, Yvonne Feri, Sandra-Anne Göbelbecker, Marco Hardmeier, Urs Hofmann, Viviane Hösli, Katharina Kerr, Leona Klopfenstein, Jürg Knuchel, Gabriela Suter, Cédric Wermuth.



## WIR KÖNNEN ES SCHAFFEN!

Ich habe grosse Lust und bringe viel Energie mit, um dem Departement für Gesundheit und Soziales im Bereich der Gesundheits- und Sozialpolitik neue Impulse zu verleihen. Das entspricht meinem jahrelangen politischen Engagement, meinem Wissen und meinen Interessen.

Um diesen Wahlkampf zu

führen, bin ich auf dein finanzielles und persönliches Engagement angewiesen. Kannst du mich mit einem Beitrag nach deinen Möglichkeiten unterstützen? Aber auch dein persönlicher Einsatz kann sehr hilfreich sein. Auf [www.yvonneferi.ch](http://www.yvonneferi.ch) findest du dazu die Möglichkeiten. Ich bin überzeugt, dass wir es schaffen können!

Hast du Lust mir mitzuteilen, was du von einer künftigen Sozial- und Gesundheitsdirektorin im Aargau erwartest? Ich freue mich darauf: [yvonne.feri@parl.ch](mailto:yvonne.feri@parl.ch)